



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 14. Februar 2017

Auf dem Weg zur einheitlichen Gebührenordnung für Ärzte?

Reinhardt: Auf Basis von Honorarpauschalen und Budgets kann diese Diskussion nicht geführt werden

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, hat einer einheitlichen Gebührenordnung von Privater- und Gesetzlicher Krankenversicherung auf der Basis von Honorarpauschalen, Budgets und ungesteuerter Flatrate-Mentalität der Versicherten eine klare Absage erteilt.

„Bei allem Verständnis dafür, dass die CDU angesichts der zu erwartenden Gerechtigkeitsdebatte offensichtlich soweit wie möglich den Druck vom Kessel des Themas Bürgerversicherung nehmen möchte, darf niemand den Blick dafür nicht verlieren, dass eine Diskussion um eine einheitliche Gebührenordnung – wenn überhaupt – nur im Rahmen einer praktikablen Einzelleistungsvergütung und sozialverträglich organisierter Kostenerstattung geführt werden kann“, sagte Reinhardt. Auch vor einer Diskussion über intelligente Instrumente zur Mengensteuerung durch sozial verträgliche Elemente einer Selbstbeteiligung von Patientinnen und Patienten dürfe man sich seitens der politischen Entscheidungsträger vor diesem Hintergrund nicht weiter drücken, so Reinhardt.

Kompromisslos ablehnend zeigte sich der Vorsitzende des Hartmannbundes mit Blick auf eine drohende sukzessive Verstaatlichung des Gesundheitssystems. Dies habe sich in der Regel als patientenfeindlich und wenig leistungsfördernd erwiesen, betonte Reinhardt unter anderem mit Hinweis auf

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsleitung
Kurfürstenstraße 132
10785 Berlin

Internet: www.hartmannbund.de

Gläubiger-ID
DE48 1000 0000 3900 15
Deutsche Apotheker-
und Ärztebank eG Düsseldorf
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18
BIC DAAEEDXXX
Ust.-Nr.: 27/620/56879

aktuelle Probleme des britischen Gesundheitssystems und skandinavische Rationierungsmedizin.

„Im Sinne verantwortungsbewusster und lösungsorientierter Politik ist es auch hier brandgefährlich, den Menschen weismachen zu wollen, es gäbe auf sehr komplexe Fragestellungen ganz einfache Antworten. Diesem sich aktuell offenbar wieder einmal ausbreitenden Hang zum Populismus darf die Politik nicht verfallen. Dies gilt auch für das Thema „Bürgerversicherung“, sagte Reinhardt abschließend.